

05. Aug. 2024

Amt Wirtschaftsförderung
und Kreisentwicklung

1

A 67 Umweltamt
A 67.2 Untere Naturschutzbehörde

Luckenwalde, 05.08.2024
Frau Sommerer/Frau Schön/
Frau Lüddemann

A 61 Kreisentwicklungsamt/Bauleitplanung
Frau Schönberger

**Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde zur Änderung des
Gesamtflächennutzungsplanes der Gemeinde Nuthe-Urstromtal**
hier: Beteiligung als Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

AZ bei A 67.2: 41253/24/672

Meiner Stellungnahme liegen die folgenden am 11.06.2024 im Umweltamt, SG Untere Naturschutzbehörde, eingegangenen Unterlagen zu Grunde:

- Umweltbezogene Stellungnahmen
- Abwägung vom 11/2023
- Anschreiben TÖB vom 03.06.2024
- Entwurf Planzeichnung FNP (Stand 20.03.2024)
- Entwurf Begründung FNP (Stand 20.03.2024)

- ☐ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
☒ Betroffenheit durch die vorgesehene Planung

Aus naturschutzrechtlicher Sicht ist momentan die Verwirklichung der beabsichtigten Planung nicht möglich, weil dem Vorhaben rechtliche Vorgaben entgegenstehen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können.

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können

a) Einwendungen

1.1. Landschaftsplanung (LP)

Bezüglich des Landschaftsplanes wird darauf hingewiesen, dass gem. § 9 Abs. 4 BNatSchG auch die Landschaftsplanung fortzuschreiben ist. Dies gilt jedoch nur dann, wenn wesentliche Veränderungen von Natur und Landschaft im Planungsraum vorgesehen oder zu erwarten sind. Dies ist hier insbesondere schon aufgrund der überalterten Datenlage erforderlich. Eine qualifizierte Auseinandersetzung mit Zielen des Artenschutzes erfolgte zudem im LP 1998 ebenfalls noch nicht.

Letztendlich hat der LP vor allem auch hinsichtlich der Eingriffsregelung alle fachlichen Vorgaben zu erfüllen, um somit als Abwägungsgrundlage fungieren zu können.

Die beabsichtigte Übernahme der entsprechenden Maßnahmenflächen aus dem LP aus dem Jahr 1998 kann nicht als ausreichend angesehen werden.

Der in der Begründung dargelegten Verfahrensweise (vgl. S. 19), dass etwaige Widersprüche in der konkretisierenden Bauleitplanung (Bebauungspläne) zu prüfen und zu klären sind, ist massiv zu widersprechen:

Landschaftspläne sind generell mindestens alle zehn Jahre daraufhin zu prüfen, ob und in welchen Umfang mit Blick auf die in § 11 Absatz 2 Satz 1 BNatSchG genannten Kriterien eine Fortschreibung erforderlich ist. Diese Prüfung beinhaltet nach § 9 Abs. 3 Nr. 1 und 2 BNatSchG auch die Richtigkeit der Angaben über den vorhandenen und zu erwartenden Zustand von Natur und Landschaft (Aktualität). Die Angaben müssen nach wie vor inhaltlich richtig sein, das betrifft insbesondere das Vorkommen von Arten und Lebensgemeinschaften, aber auch methodisch müssen sie dem Stand der Technik entsprechen.

Grundsätzlich ist der LP erforderlich, um die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege in entsprechender Form in die Abwägung aller Belange im FNP einstellen zu können. Der Pflicht zur Aufstellung von LP ist spätestens dadurch nachzukommen, dass parallel zum FNP ein LP erarbeitet wird. Die Darstellungen des LP's werden dann nach § 11 Abs. 3 BNatSchG sowie nach §§ 1 Abs. 6 und 7 und 5 Abs. 2 BauGB abgewogen und in einem zweiten Schritt in den FNP aufgenommen (Parallelaufstellung). Die so übernommenen Ziele und Maßnahmen sind dann von der Gemeinde, z. B. bei der Aufstellung von Bauleitplänen und von anderen Behörden zu berücksichtigen/beachten. Das gilt auch bei einer Fortschreibung oder einer wesentlichen, d. h. die Grundzüge der Planung berührenden, Änderung oder Ergänzung des FNP.

Die Gemeinde hat bei der Erstellung städtebaulicher Pläne aufgrund der Bestimmungen des Baugesetzbuches die Berücksichtigung der Belange von Naturschutz und Landschaftspflege, also die sich insbesondere aus den §§ 1, 2, 20, 21 und des 3. Kapitels des BNatSchG ergebenden Erfordernisse und Maßnahmen, zu gewährleisten (vgl. §§ 1 Abs. 6 Nr. 7, 1a BauGB).

Diese Erfordernisse und Maßnahmen sind nach Maßgabe des § 11 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG i. V. m. § 5 Abs. 1 BbgNatSchAG für die Planungsebene des FNP im LP darzustellen. Wird ein LP nicht aufgestellt, hat das also nachteilige Auswirkungen auf die Rechtmäßigkeit des FNP.

Ich halte es somit für erforderlich, darauf hinzuweisen, dass gem. § 4 Abs. 3 BauGB der Landschaftsplan für die Rechtmäßigkeit des Abwägungsverfahrens von Bedeutung ist.

Insofern er nicht ordnungsgemäß aufgestellt ist, besteht die Gefahr von Abwägungsfehlern, weil bei Abweichung vom Inhalt des LP's eine entsprechende Begründung im FNP gem. § 9 BNatSchG darzulegen wäre.

Darüber hinaus sind im Rahmen der öffentlichen Auslegung eines Bauleitplans, hier FNP, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB Landschaftspläne zwingend mit auszulegen, da sie in der Regel im Sinne des Baurechts „wesentliche umweltbezogene Stellungnahmen“ darstellen (siehe auch § 5 BbgNatSchAG). Auf diese Weise durchlaufen Bauleit- und Landschaftspläne gemeinsam und ohne gesonderten Aufwand die Beteiligung.

1.2. Landschaftsschutzgebiet

a)

Grundsätzlich ist die Planzeichnung nicht eindeutig prüfbar. Die geplanten Änderungen bzw. Erweiterungen von Bauflächen sind nicht erkennbar. Teilweise überlagern die groß gewählten Planzeichen diese Änderungen (z.B. OT Berkenbrück, WA-Fläche).

Die Änderungen sind zwar tabellarisch aufgeführt (s. Tabelle 6, S. 69/70 der Begründung/Umweltbericht), sind aber im Gesamtplan nicht zuzuordnen.

Zwar erscheinen die einzelnen Ortsteile im weiteren Text, aber eine „Hoch und Runterscrollen“ lässt eine qualitative Prüfung nicht zu.

Unverständlich bleibt dann im Folgenden die Bezeichnungen im Punkt 9 Planteil Ortsteile. Die Angaben sind zudem widersprüchlich, z. B. Pkt. 9.1.1 der Begründung: „genehmigter Ausschnittplan B1 (Teil B) vom 2010.1998 – der Ausschnitt ist aber vom Oktober 2005. Im weiteren ein Planausschnitt von einer Fläche, die nicht genehmigt wurde, Stand 1998? Im Anschluss (9.1.3 – Begründung S. 83) wurde eine Änderung im Ausschnittplan ohne Legende und nicht sichtbare Änderung dargelegt mit weiterem Ausschnitt (9.1.4) mit verfügbaren Bauflächen, welche ursprünglich schon als bestehendes Mischgebiet dargestellt waren.

Anhand dessen, ist erkennbar, dass die Planung nicht nachvollziehbar und nicht prüfbar ist.

Es ist auch keine eindeutige Nachvollziehbarkeit der NSG und LSG in der Planzeichnung möglich, in der Legende werden die gleichen Flächenumrandungen genutzt (in der Fläche befindliche Kennzeichnung (N) oder (L) auf dem Plan nicht nachvollziehbar). Zudem überlagern sich Schutzgebietsgrenzen teilweise und sind damit nicht lesbar.

Auch die grüne Farbgebung für die Natura-2000 Gebiete auf meist grünem Untergrund trägt nicht zur guten Lesbarkeit bei.

b)

In der Stellungnahme zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach 4/1 BauGB wurde auf den Normenwiderspruch zwischen den Festsetzungen eines FNP (als vorbereitende Bauleitplanung) und den Schutzgebietsverordnungen verwiesen.

Verordnungsgeber für das Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Nuthetal-Beelitzer Sander“ ist das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK Bbg.). Der FNP ist ein vorbereitender Bebauungsplan. Insofern ist dieser gemäß dem Erlass zur Zuständigkeit des MLUK zustimmungsbedürftig (vgl. § 9 Abs. 6 Nr. 4 BbgNatSchAG). Das Zustimmungsverfahren ist beim MLUK zu führen (außer Einzelvorhaben).

Eine Zustimmung für die geplanten Baugebiete liegt bisher nicht vor.

- Ortslage Dobbrikow

Es soll ein neues Wohngebiet westlich des Bauernsees (Fischerheide) ausgewiesen werden, gekennzeichnet mit roter Farbgebung und „W“. Die Flächen befinden sich im LSG „Nuthetal-Beelitzer Sander“.

Ebenso wurden Teilflächen in der „Fischerheide“ mit roter Farbgebung als Wohngebiet dargestellt, hier westlich des Tannenweges in der Fischerheide, aber nicht als Änderung benannt.

Das gesamte Wochenendhausgebiet „Fischerheide“ wurde bereits in Abstimmung mit dem Verordnungsgeber LSG betrachtet. Eine Voranfrage auf Zustimmung für das gesamte Gebiet wurde gestellt, aber seitens der Gemeinde nicht weitergeführt.

Das MLUK als auch die UNB standen dem positiv gegenüber. Daher wird angeraten, den Kontakt hinsichtlich dieses Wochenendhausgebietes erneut zu suchen und auf Ebene des FNP eine aktualisierte Voranfrage auf Zustimmung beim MLUK zu stellen.

1.3. Naturdenkmäler und Alleen

Diese sind auch im FNP in der Begründung zu benennen und nachrichtlich zu übernehmen (vgl. § 5 Abs. 4 BauGB), da dieser tatsächlich rechtskräftig wird und für jeden maßgeblich zu verwenden ist.

1.4. Artenschutz

a)

Bereits auf Ebene des FNP ist zu prüfen, ob die Planung den Belangen des besonderen Artenschutzes gemäß § 44 BNatSchG entgegensteht. Eine Verschiebung der Thematik in ein nachfolgendes Bebauungsplan- oder Genehmigungsverfahren ist in der Regel nicht hinreichend. Auf der Ebene des FNP genügt eine überschlägige Vorabschätzung des Artenspektrums und der Wirkfaktoren bezüglich der verfahrenskritischen Vorkommen.

Das heißt, es ist anhand vorhandener Artendaten und Potentialabschätzungen für jede Änderungsfläche zu analysieren, ob der besondere Artenschutz berührt wird und im Konfliktfall einer Planrealisierung grundsätzlich entgegen steht oder in nachgelagerten Planebenen/Genehmigungsverfahren gelöst werden kann. Für Windkraftplanungen gibt es in Brandenburg beispielsweise mit dem sogenannten Windkrafterlass des MLUK maßgebliche Prüfparameter für bestimmte Vogel- und Fledermausarten.

Wenn bereits auf dieser Ebene artenschutzrechtliche Konflikte zu erkennen sind, ist auf Grundlage einer prognostischen Beurteilung zu prüfen, ob im Rahmen nachgelagerter Planungs- und Zulassungsverfahren eine artenschutzkonforme Konfliktlösung zu erwarten ist. In diesem Fall ist die Darstellung im Flächennutzungsplan zulässig und angemessen.

Wenn im Ergebnis der artenschutzrechtlichen Analyse die Verletzung der Zugriffsverbote nicht ausgeschlossen werden kann, genügt es nicht, auf eine vertiefende Prüfung in nachgelagerten Planebenen zu verweisen. Vielmehr ist zu prüfen und darzulegen, ob die Einhaltung der Verbote i. d. R. durch geeignete Maßnahmen vermieden werden kann oder die Voraussetzungen für eine Ausnahme oder Befreiung vorliegen. Im Einzelfall sind sogar vertiefende Kartierungen auf Ebene des FNP erforderlich, um solche Fragestellungen lösen zu können.

Die Belange des Artenschutzes werden vorliegend nicht hinreichend berücksichtigt. Grundsätzlich ist zu kritisieren, dass insbesondere für die neuen großflächigen Sondergebiete keine ausreichende schutzgutbezogene Prüfung unter Berücksichtigung des Artenschutzes erfolgt ist. Es wird angemerkt, dass insbesondere bei Sondergebieten der Lebensraumverlust für viele Arten mitbetrachtet werden sollte. Großflächige Überplanungen von Brach- und Ackerflächen für Solaranlagen werden beispielsweise erfahrungsgemäß bei Arten wie Feldlerche und Zauneidechse zu einem großen Kompensationsbedarf führen und teilweise Ausnahmegenehmigungen erforderlich machen. Eine überschlägige Flächenbilanzierung ist erforderlich.

Die artenschutzrechtlichen Konfliktpotentiale sind momentan nicht prüfbar. Zu betrachten sind die Schädigungs- und Störungsverbote, insbesondere für alle Arten des Anhangs IV FFH-Richtlinie und alle europäischen Vogelarten (§ 44 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 5 BNatSchG) für die dieses Plangebiet geeignete Lebensräume bereithalten könnte. Da die Belange des besonderen Artenschutzes in den vorliegenden Unterlagen nicht hinreichend geprüft und bewertet wurden, sind die Unterlagen deshalb auch seitens der UNB nicht abschließend prüffähig. Die Ausführungen in der Tabelle von Kapitel 4.2 sind ungenügend und es wurden nicht alle Änderungsflächen betrachtet (vgl. Tabelle in Kapitel 4.2 und Kartendarstellungen in Kapitel 9.).

b)

Gemäß § 34 Abs. 1 BNatSchG sind Projekte vor ihrer Zulassung oder Durchführung auf ihre Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen eines Natura 2000-Gebiets zu überprüfen. Auf Ebene des FNP genügt dafür zunächst eine überschlägige Analyse in Form einer Verträglichkeitsvorstudie. Dabei ist jede Änderungsfläche dieser Analyse zu unterziehen. Das MLUK hat diesbezüglich eine für Brandenburg maßgebliche Verwaltungsvorschrift erlassen.

Die Prüfung der Natura-2000 Verträglichkeit genügt bisher nicht den fachlichen Anforderungen. Auch wenn die Änderungen nicht innerhalb von Natura 2000-Gebieten liegen, kann je nach Lage

und Nutzungsart eine oder mehrere Direkt- und Fernwirkungen (Schädigung, Vergrämung, Zerstörung von Nahrungsressourcen, Eutrophierung, etc.) zu berücksichtigen sein, die wiederum zu erheblichen Beeinträchtigungen führen können. Entsprechende Ausführungen in der Tabelle aus Kapitel 4.2 des Begründungstextes sind ungenügend und es wurden nicht alle Änderungsflächen betrachtet (vgl. Tabelle in Kapitel 4.2 und Kartendarstellungen in Kapitel 9.).

c) Das dargestellte Gewerbegebiet nördlich vom Ortskern Schönefeld überplant vollständig festgesetzte Kompensationsflächen (vgl. Umsiedlungsflächen von Zauneidechsen mit Strukturaufwertung, Ersatzkästen für Avifauna und Fledermäuse).

b) Rechtsgrundlagen

Zu 1.1.: § 5 Abs. 1 BbgNatSchAG

§§ 9 Abs. 5 und 11 BNatSchG i. V. m. § 5 Abs. 2a und 4 BauGB

Zu 1.2.: § 26 BNatSchG i. V. m. der Rechtsverordnung über das LSG; § 9 Abs. 6 Nr. 4 BbgNatSchAG

Zu 1.3.:

§ 28 BNatSchG; § 17 BbgNatSchAG und § 5 Abs. 4 BauGB

Zu 1.4:

§ 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG

§§ 33 und 34 BNatSchG

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung (z.B. Ausnahmen oder Befreiungen)

Zu 1.1.

Es ist ein LP, hier als Gesamtfortschreibung, der den fachlichen Anforderungen entspricht, zu erarbeiten. Die Darstellungen sind in den FNP zu übernehmen oder bei Nichtübernahme ist dies entsprechend zu berücksichtigen.

Die Überplanungen des LSG stellen weiterhin einen Normwiderspruch dar, welcher gemeinsam mit dem Ordnungsgeber/MLUL gelöst werden muss.

Den Schutzzweck zuwiderlaufende Darstellungen sind nur dann zulässig, wenn absehbar ist, dass der sich abzeichnende Konflikt auf der Ebene des Bebauungsplanes zwischen den künftigen bauleitplanerischen Festsetzungen und den Bestimmungen der Schutzgebietsverordnung gelöst werden können. Ein Verweis, dass die Widersprüche im weiteren Verfahren geklärt werden, ist unzureichend. Dazu getroffene Entscheidungen des Ordnungsgebers sind im Erläuterungsbericht mit Datum und Inhalt der Entscheidung zu vermerken. Eine reine Absichtserklärung für die Durchführung einer Ausgliederung nach § 10 BbgNatSchAG genügt rechtlich nicht.

Mit der neuen Gesetzgebung im § 9 Abs. 6 Nr. 4 BbgNatSchAG i. V. m. § 4 Abs. 4 der LSG-VO wurde die Möglichkeit eröffnet, o. g. Widersprüche zwischen den Darstellungen des FNP und dem Schutzzweck der Schutzgebietsverordnung mittels Zustimmungserklärung zu lösen. Die Entscheidung liegt hier ebenfalls beim MLUL.

Die Bewertungen der Eingriffe in Natur und Landschaft und insbesondere auch auf den Schutzzweck des Landschaftsschutzgebietes sind umfangreich zu überarbeiten.

Zu 1.2.:

a)

Die Schutzgebietsgrenzen sind unterschiedlich zu kennzeichnen bzw. eindeutig darzustellen. Die Kartendarstellungen sind insgesamt so zu ändern, dass diese nachvollziehbar und prüfbar sind.

b)

Sofern der Verordnungsgeber seine Zustimmung zur Planung erteilt, ist der Einwand gegenstandslos.

Zu 1.3.:

Die Naturdenkmäler und die Alleen sind nachrichtlich zu übernehmen und nachvollziehbar im FNP darzustellen.

Zu 1.4.:

a)

Die überschlägige artenschutzrechtliche Prüfung muss – wie die schutzgutbezogene Analyse – für alle Änderungsflächen dargelegt werden. Für jede Fläche ist dabei anhand vorhandener Artendaten und einer Potentialanalyse auf Basis einer Biotopkartierung durch eine sachverständige Person das planrelevante Artenspektrum zu identifizieren. Für die Lebensraumverluste ist überschlägig der Kompensationsbedarf zu ermitteln. Bereits umgesetzte Vorhabenflächen, deren Neudarstellung im FNP lediglich der bauplanungsrechtlichen Sicherung dienen, ist zu prüfen und darzustellen, ob im Rahmen nachgelagerter Planungs- und Zulassungsverfahren eine artenschutzkonforme Konfliktlösung zu erwarten ist. Wenn die Verletzung der Zugriffsverbote nicht ausgeschlossen werden kann, ist darzulegen, ob die Einhaltung der Verbote i. d. R. durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden oder im Sinne des § 44 Abs. 5 BNatSchG vorgezogen zu kompensieren ist. Trifft dies nicht zu, ist nachzuweisen, dass die Voraussetzungen für eine Ausnahme oder Befreiung vorliegen.

b)

Für jede neue Änderungsfläche ist überschlägig „vorzuprüfen“, ob bei einer Planrealisierung bau-, anlage- und/oder betriebsbedingt erhebliche Beeinträchtigungen benachbarter Natura 2000-Gebiete ausgeschlossen werden können. Gelingt dies nicht, wird eine vertiefende Natura 2000-Verträglichkeitsprüfung notwendig.

c)

Das Gewerbegebiet ist nicht mit der dortigen Kompensationsfläche vereinbar.

2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angaben des Sachstandes und des Zeitrahmens:

Für die Darstellung der Naturdenkmäler (ND) im FNP gelten sowohl die durch aktueller Rechtsverordnung (RV) festgesetzter ND.

Die für die Gemeinde zutreffenden ND können durch die UNB digital zur Verfügung gestellt werden.

Der aktuelle Verfahrensstand sollte vor Einarbeitung in den FNP mit der UNB abgestimmt werden.

Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem oben genannten Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und gegebenenfalls Rechtsgrundlage:

1.

Abbildung 3 auf Seite 39 Begründung des FNP-Entwurfs:

Das LSG „Wittbrietzener Feldflur“ befindet sich nicht auf dem Territorium des Landkreises Teltow-Fläming. Die Gemeindegrenzen sind in der Abbildung nicht nachvollziehbar.

2.

Das dargestellte Gewerbegebiet in der Gemeinde Ruhlsdorf, westlich der Kreisstraße, erfasst festgesetzte Kompensationsflächen (vgl. Schaffung von Trockenrasenflächen, Gehölzflächen usw.). Das Plangebiet ist um diese naturschutzrechtlichen Flächen zu reduzieren und als „T“-Flächen – Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft darzustellen.

3.

Das FFH-Gebiet „Espenluch und Stülper See“ fehlt in der Auflistung unter Punkt 17.1.3 des Begründungstexts.

4.

Die UNB ist bei der weiteren Planungsphase gern bereit, die konfliktträchtigen Flächen und Punkte in einem Gesprächstermin abzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Paul

Sachgebietsleiterin

Gesetzliche Grundlagen - Fundstellen der zitierten Gesetze und Verordnungen

BbgNatSchAG

Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz – BbgNatSchAG) vom 21. Januar 2013 (GVBl. I Nr. 3, Nr. 21), zuletzt geändert durch Artikel 19 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GVBl. I/24, [Nr. 9], S.11)

BNatSchG

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29.07.2009 (BGBl. I Nr. 51 S. 2542), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240), geändert durch Viertes Gesetz zur Änderung des BNatSchG vom 14.12.2022

BauGB

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.12.2023 (BGBl. I S. 394) m. W. v. 01.01.2024 (BGBl. I S. 184)

Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Nuthetal-Beelitzer Sander“ (LSGNuthetalIV) vom 10. Februar 1999 (GVBl Teil II, Nr. 06, S.115), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 29. Januar 2014 (GVBl. Bbg Teil II, Nr. 5 vom 03. Februar 2014, Artikel 23)

